

Hartmann, Thomas; Hengstermann, Andreas; Lacoere, Peter

Article

Bodenpolitik und Netto-Null: Erfahrungen aus dem europäischen Ausland

Raumentwicklung – ARL-Journal für Wissenschaft und Praxis

Provided in Cooperation with:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Hartmann, Thomas; Hengstermann, Andreas; Lacoere, Peter (2024) : Bodenpolitik und Netto-Null: Erfahrungen aus dem europäischen Ausland, Raumentwicklung – ARL-Journal für Wissenschaft und Praxis, ISSN 2943-5951, Verlag der ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover, Vol. 54, Iss. 02/03, pp. 14-17, <https://doi.org/10.60683/4e8z-4w50>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/319923>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Thomas Hartmann, Andreas Hengstermann, Peter Lacoere

BODENPOLITIK UND NETTO-NULL

Erfahrungen aus dem europäischen Ausland

Während die Bundesregierung in Deutschland den Bau-Turbo ausruft und eine Siedlungsentwicklung wie in den 1970er Jahren fordert, strebt Belgien eine Bau-Wende (*Bouwshift*) mit dem rechtlichen Ziel einer Netto-Null-Flächeninanspruchnahme an (Lacoere/Leinfelder 2023). Zugleich experimentiert Tschechien mit ökonomischen Maßnahmen zur Reduzierung der Flächennutzung (Vejchodská/Pelucha 2019) und die EU ruft zu einem ökologisch motivierten *No Net Land Take* auf (European Commission 2011, 2021). Bodenpolitik ist nach vielen Jahrzehnten in vielen Ländern Europas zurück auf den gesellschaftlichen, politischen und gesetzgeberischen Agenden.

Zentrale Erkenntnis dieser Wiederentdeckung ist dabei, dass Boden eine besondere Ressource ist und die Ordnung des Bodens staatlicher Intervention bedarf. Ein Gedanke, den auch das Bundesverfassungsgericht schon vor über 50 Jahren formulierte: „Die Tatsache, daß der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen“ (BVerfGE 21, 73: 82 f.).

Wie mit Boden und Bodeneigentum umgegangen wird, wird dabei in den verschiedenen Ländern in Europa durchaus unterschiedlich beantwortet. Umso erstaunlicher ist es, dass es kaum Verflechtungen zwischen der deutschen Debatte und den Erfahrungen im europäischen Ausland gibt. Dabei kann eine internationale Perspektive nicht nur dazu beitragen, innovative Ansätze zu identifizieren, sondern sie hilft auch, die eigene Bodenpolitik besser zu reflektieren.

Drei Beispiele bodenpolitischer Zielsetzungen im Ausland

In der bundesdeutschen Diskussion um das vielzitierte Wohnungsbauziel der Bundesregierung von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr empfiehlt sich ein interessierter Blick in die Niederlande. Dort wurde mit dem nationalen Wohnungsbauprogramm (*Programma Woningbouw*) des Innenministeriums das ambitionierte Ziel von knapp einer

Million neuer Wohnungen bis 2030 ausgegeben. Ein kritischer Vergleich könnte zeigen, mit welcher Konsequenz und mit welchem Pragmatismus die niederländische Planung an der Erreichung dieses Ziels arbeitet und dabei massiv von den großen Baulandreserven der öffentlichen Hand profitiert.

Zudem wird in der aktuellen deutschen Debatte um den Bau-Turbo und den lautstarken Forderungen nach einer Absenkung der Bauvorschriften kaum auf das Vereinigte Königreich verwiesen, wo genau diese Politikrichtung bereits umgesetzt wird. Ein Vergleich könnte aufzeigen, zu welchen niedrigen Baustandards eine solche Politik führen kann und zu welchen finanziellen und sozialen Verwerfungen dies in der Energiepreiskrise des letzten Jahres geführt hat.

Das in Deutschland in der politischen Debatte scheinbar in Vergessenheit geratene 30-Hektar-Ziel könnte durch die Erfahrungen des *Bouwshift* in Flandern (Belgien) revitalisiert werden. Bis 2025 soll dort der Flächenverbrauch auf 3 ha pro Tag reduziert werden und ab 2040 soll keine Neuinanspruchnahme mehr möglich sein (*Ruimteneutraliteit*) (Lacoere/Leinfelder 2023). Flandern kämpft noch immer mit den Folgen massiver Baulandausweisungen, die mehr als 50 Jahre zurückliegen (Lacoere/Hengstermann/Jehling et al. 2023). Diese Erfahrungen könnten wichtige Erkenntnisse für den politischen Diskurs über den Bau-Turbo und die Planungsbeschleunigung liefern.

Auch wenn all diese Beispiele natürlich in den jeweiligen nationalen politischen und institutionellen Kontext eingebunden sind, so lässt sich doch festhalten, dass bodenpolitische Themen sowie deren Instrumente und Strategien auf dem gesamten Kontinent diskutiert werden. Auch zeigt sich, dass Entscheidungen für oder gegen bestimmte bodenpolitische Strategien erstaunlich losgelöst von den institutionellen und nationalen Kontexten sind und oft von individuellem Mut und Handeln oder auch dem Zaudern von Akteuren abhängen (Shahab/Hartmann/Jonkman 2021). Das Potenzial für ein gegenseitiges Lernen aus den Erfahrungen der Bodenpolitik in Europa ist daher groß.

Internationale Erfahrungen mit bodenpolitischen Instrumenten

Besonders deutlich wird dieses Potenzial, wenn man sich einzelne bodenpolitische Instrumente anschaut (Gerber/Hartmann/Hengstermann 2018). Um eine Verdichtung der Baustruktur zu erreichen und so der Zersiedelung des Landes Einhalt zu gebieten, haben die Schweizer Stimmberechtigten mit 63 % einer massiven Reform des Planungsgesetzes zugestimmt. Darin ist sowohl die verpflichtende Kopplung von zukünftigen Zonenplanentscheidungen an die rechtliche Verfügbarkeit des Bodens (Art. 15) als auch eine dem deutschen Baugebot ähnelnde Bauverpflichtung für altrechtliche Baulücken (Art. 15a) enthalten (Hengstermann/Gerber 2017). Die gesellschaftliche Notwendigkeit einer verdichteten Bauweise übersteigt die individuelle Freiheit der Baulandhortung – mit entsprechenden eigentumsrechtlichen Konsequenzen (Hengstermann/Skala 2023).

In eine ähnliche Richtung geht auch die Diskussion über die Abschöpfung von planungsbedingten Mehrwerten. Bodenwertsteigerungen, die nicht auf Investitionen oder Arbeitsleistungen von Grundeigentümerinnen und -eigentümern, sondern auf Handlungen der öffentlichen Hand, bspw. in Form von Bodennutzungsplänen oder Infrastrukturmaßnahmen, zurückzuführen sind, werden in immer mehr Ländern (zumindest teilweise) abgeschöpft (Halleux/Hendricks/Nordahl et al. 2023). Raumplanung soll hierdurch nicht nur gerechter werden und den finanziellen Anreiz mindern, den Boden als Renditeobjekt zu nutzen, sondern auch mit einem eigenen Budget ausgestattet werden, welches beispielsweise für eine langfristige Bodenbevorratung verwendet wird, welche derzeit in der Schweiz eine Renaissance erlebt.

Schließlich ist festzustellen, dass der Bodenmarkt nicht irgendein Markt ist. In vielen Ländern ist der Erwerb landwirtschaftlicher Flächen rechtlich und in der Praxis konsequent auf Landwirtinnen und Landwirte beschränkt.

Auch der Erwerb von Ferienwohnsitzen wird in einigen Ländern reglementiert. Wer in Dänemark kaufen will, muss dort bereits 5 Jahre gewohnt haben. In der Schweiz ist es Privatpersonen aus dem Ausland grundsätzlich nicht erlaubt, Boden oder Immobilien zu erwerben. Ganz im Sinne des eingangs zitierten Bundesverfassungsgerichts zielen die angeführten Beispiele darauf, dass Boden nicht zum Gegenstand (internationaler) Spekulationsstrategien werden soll. In Deutschland hingegen werden Informationen zu Eigentümerinnen und Eigentümern nicht einmal zentral erfasst. Wem der Boden in Deutschland gehört, ist weitgehend intransparent. In den meisten Nachbarländern wird dies grundsätzlich anders gehandhabt.

Vorsicht vor Legal Transplants

So inspirierend der internationale Vergleich auch sein mag, so darf der Blick auf diese Instrumente keinesfalls dazu verleiten, sich von einer schlichten Übernahme dieser Instrumente (*Legal Transplant*) eine einfache Lösung zu erhoffen (Zimmermann/Diller/Othengrafen 2023). Dazu ist die

Einbindung in das jeweilige Rechts- und Planungssystem zu komplex, wie bspw. die niederländische Planung feststellen musste.

Anders als in Deutschland war der niederländische Bodenmarkt in den Jahren 2009 und 2010 einer massiven Eruption ausgesetzt, die durch die amerikanische Bankenkrise ausgelöst wurde (Korthals-Altes 2010). Davon war auch die öffentliche Hand massiv betroffen, die bis dahin proaktiv und profitabel am Bodenmarkt agierte, was international unter dem Stichwort der *aktiven Bodenpolitik* bekannt ist. Als Reaktion auf die Krise suchte der niederländische Gesetzgeber nach einer innovativen Möglichkeit, Stadtentwicklung zu betreiben, ohne finanzielle Verpflichtungen eingehen zu müssen. In der Folge wurde der innovative Ansatz *organic development* oder auch *facilitative planning* entwickelt (Dembski 2018), der die Entwicklung des Bodens den jeweiligen Grundeigentümerinnen und -eigentümern überlässt und lediglich verbindliche Vorgaben zu Art und Maß der baulichen Nutzung macht. Mit anderen Worten: Die niederländische Planung sollte sich stark an das deutsche Modell der Bauleitplanung anlehnen – und dabei auch ein bodenpolitisches Instrument einführen, welches in der niederländischen Stadtplanung bislang unbekannt war: die Baulandumlegung.

Zwar wurde das Instrument mittlerweile im niederländischen Planungsrecht verankert, allerdings wird es in der Praxis kaum angewendet. Fehlende und intransparente Bodenrichtwerte, eine lediglich freiwillige Variante des Instruments sowie die Anwendung auf den bebauten Bereich führten zu einer weitgehenden Ablehnung des Instruments durch die Kommunen in der Praxis, sodass die Niederlande wieder zur proaktiven Rolle der Planung zurückgekehrt sind.

Solche Vergleiche zeigen, dass es in anderen Ländern Europas Beziehungen zwischen Planung und Eigentum gibt, die vom deutschen Verständnis abweichen. Die isolierte Betrachtung von einzelnen Instrumenten kann inspirieren. Ein umfassendes Verständnis der Wirkungsweise kann jedoch nur erreicht werden, wenn die Instrumente im Kontext ihrer jeweiligen zugrundeliegenden Strategien und Politiken betrachtet werden. Dies zeigt sich besonders deutlich in der bodenpolitischen Diskussion um die Reduzierung der Flächenneuanspruchnahme.

Bodenpolitik aktuell: Der europäische Weg zu Netto-Null

Während die Bevölkerungszahl in Europa zwischen 1975 und 2015 um 10% gewachsen ist, hat sich die Siedlungsfläche im selben Zeitraum verdoppelt (Pesaresi/Ehrlich/Kemper et al. 2017). Die Flächenneuanspruchnahme verteilt sich allerdings ungleichmäßig auf die EU-Mitgliedsstaaten und reicht von +1% (Finnland) bis +30% (Malta) (Marquard/Bartke/Gifreu i Font et al. 2020). Derzeit werden etwa 440km²/Jahr überbaut, was etwa 0,8m²/Jahr pro Kopf entspricht (Marquard/Bartke/Gifreu i Font et al. 2020). Circa die Hälfte dieser Neuanspruchnahmen führt zu einer Bodenversiegelung (Decoville/Feltgen 2023) mit

den entsprechenden Auswirkungen auf ökologische und klimapolitische Aspekte, wie Bodenqualität, Biodiversität oder auch Versickerungsfähigkeit (Prokop/Salata 2017).

Vor diesem Hintergrund rief die Europäische Kommission das Ziel der Netto-Null (*No Net Land Take*) aus und verankerte dieses in der *Roadmap to a Resource Efficient Europe* (European Commission 2011), der *Soil Strategy* (European Commission 2021), und der *Soil Directive* (European Commission 2023).

Deutschland ist dabei durchaus unter den Vorreitern in dieser Diskussion. Die umweltpolitische Debatte der 1990er Jahre (Gawron/Bovet/Hofmann et al. 2007) und das 1998 bzw. 2002 ausgerufene Ziel, die tägliche Flächenneuanspruchnahme in Deutschland von 120ha auf 30ha zu reduzieren, wurde von den europäischen Nachbarstaaten seinerzeit als wegweisend wahrgenommen. Eine Reihe von Nachbarländern hat in der Zwischenzeit ähnliche Politikziele formuliert. In Luxemburg wurde im Jahr 2010 die Halbierung der Flächenneuanspruchnahme bis 2020, eine weitere Halbierung bis 2035 und schließlich Netto-Null bis 2050 beschlossen und im neuen *Programme Directeur d'Aménagement du Territoire* festgeschrieben (Decoville/Schneider 2015). Schon aufgrund der Topografie ist es in Österreich gesellschaftlicher Konsens, dass der bebaubare Raum begrenzt ist. Im Jahr 2002 wurde daher das Ziel ausgegeben, den *Flächenfraß* (WWF Austria 2023) um 90% zu reduzieren. Mittlerweile wurde dieses Ziel auf eine Netto-Null-Flächenanspruchnahme im Jahr 2050 ausgeweitet. Die negativen Konsequenzen einer nahezu unbremsten Siedlungsentwicklung sind in kaum einem anderen Land so deutlich sichtbar wie in Belgien. Knapp ein Drittel des Territoriums ist überbaut und die Neuanspruchnahme pro Kopf ist die zweithöchste in Europa (Lacoere/Leinfelder 2023). Entsprechend wurde ein *Betonstop* bis 2040 im Sinne des Netto-Null-Ziels und ein Netto-Minus bis 2050 ausgerufen (Lacoere/Leinfelder 2023), was einer bodenpolitischen Zeitenwende (*Bouwshift*) gleichkommt (Hengstermann/Lacoere 2023). Frankreich hat ein ähnliches Netto-Null-Ziel bis 2050 ausgerufen. Interessanterweise waren es dabei jedoch nicht die Regierung oder ein parlamentarisch-technisches Gremium, die solche Vorgaben entwickelt haben. Stattdessen wurde ein Bürgerrat (*Convention citoyenne pour le climat*) einberufen, welcher dieses Ziel im Landwirtschaftsgesetz mit weitreichenden Konsequenzen für die französische Bodenpolitik ausgearbeitet hat, das letztlich vom Parlament übernommen und als verbindliches Gesetz verabschiedet wurde. In Norwegen hingegen ist die Arealneutralität, die dem Netto-Null-Ziel entspricht, keine Top-down-Entscheidung der Hauptstadtpolitik, sondern eine selbstverpflichtende Bottom-up-Initiative der Gemeinden.

Insgesamt bestätigen die jüngsten Entwicklungen den Eindruck, dass Flächensparen ein zunehmend relevantes Thema in der Raumplanungspolitik der europäischen Länder ist. Es wird interessant sein zu beobachten, wie die einzelnen Länder diese ambitionierten Ziele umsetzen, da für das Ziel einer Netto-Null-Flächenanspruchnahme zum

Teil weitreichende Eingriffe in die allgemeine Bodenordnung und die individuellen Eigentumsrechte erforderlich sind. Am stärksten trifft dies auf Belgien zu, da hier nicht nur die Reduzierung zukünftiger Entwicklungsrechte, sondern auch die Rücknahme bestehender Baurechte in großer Zahl ansteht. Allein für die Region Flandern wird von einer Auszonung im Umfang von mindestens 60.000ha gerechnet (Lacoere/Leinfelder 2023). Entsprechende kompensationsrechtliche Fragen und gesellschaftspolitische Konflikte sind vorprogrammiert (Lacoere/Leinfelder 2023; Lacoere/Hengstermann/Jehling et al. 2023).

Fazit und Plädoyer

Bodenpolitik wird auf nationaler Ebene umgesetzt. Sie ist aber bei weitem kein rein nationales Thema! Planerische Fragestellungen sind in der politischen Landschaft Europas derzeit ebenso omnipräsent, wie die gesellschaftlichen Debatten um eine gemeinwohlorientierte Bodenwende und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums bzw. den maßvollen Eingriff in bestehendes Eigentum zeigen. Diese Diskussionen spiegeln sich in einer Vielzahl von politischen Zielen und bodenpolitischen Instrumenten wider. Als Planer/innen können wir von den zugrundeliegenden Strategien im Umgang mit Bodeneigentum in anderen europäischen Ländern lernen, denn Eigentumsblindheit steht der Umsetzung von Raumplanung, einer Reduzierung der Flächenneuanspruchnahme und einem verantwortungsvollen Umgang mit der endlichen Ressource Boden entgegen.

Nicht nur die wissenschaftliche Debatte, sondern auch Politik und Praxis können unmittelbar von einer international vergleichenden Perspektive profitieren. Eine solche internationale Perspektive ist nicht trivial, da nicht nur sprachliche, sondern auch kulturelle, institutionelle und rechtliche Aspekte zu berücksichtigen sind. Dennoch zeigen die Beispiele und insbesondere die neue europäische Dimension der Bodenfrage, dass sich der Blick über die Landesgrenzen nicht nur lohnt, sondern für eine zukunftsorientierte und erfolgreiche Bodenpolitik unerlässlich ist.

Die Autoren danken den weiteren Mitgliedern des Internationalen Arbeitskreises (IAK) der ARL „German Land Policy Revisited – Reflections and Lessons from Abroad“, welcher international renommierten Fachleuten der Bodenpolitik und Raumplanung die Möglichkeit bietet, diese drängenden Fragen der Bodenpolitik im europäischen Kontext und im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu diskutieren, um voneinander zu lernen. Der Beitrag basiert auf zentralen Erkenntnissen dieses inter- und transdisziplinären sowie europaweiten Austausches.

Mehr zum IAK der ARL und seinen Aktivitäten:

<https://www.arl-international.com/activities/land-policies-europe>

Literatur

- Decoville, A.; Feltgen, V. (2023): Clarifying the EU objective of no net land take: A necessity to avoid the cure being worse than the disease. In: Land Use Policy 131, 106722. <https://doi.org/10.1016/j.landusepol.2023.106722>
- Decoville, A.; Schneider, M. (2015): Can the 2050 zero land take objective of the EU be reliably monitored? A comparative study. In: Journal of Land Use Science 11 (3), 331–349. <https://doi.org/10.1080/1747423X.2014.994567>
- Dembski, S. (2018): New planning approaches in the Netherlands. How urban development is reinventing itself. In: Geographische Rundschau 70, 14–19.
- European Commission (2011): Roadmap to a Resource Efficient Europe. COM(2011) 571. Brussels.
- European Commission (2021): EU soil strategy for 2030. COM(2021) 699 final. Brussels.
- European Commission (2023): Directive on Soil Monitoring and Resilience. COM(2023) 416. Brussels.
- Gawron, T.; Bovet, J.; Hofmann, E.; Köck, W. (2007): Activating Spatial Planning Law: Options for the Reduction of Land Consumption. In: Journal for European Environmental & Planning Law 4 (1), 2–16. <https://doi.org/10.1163/187601007X00361>
- Gerber, J.-D.; Hartmann, T.; Hengstermann, A. (Hrsg.) (2018): Instruments of Land Policy. Dealing with Scarcity of Land. Routledge. Oxon.
- Halleux, J.-M.; Hendricks, A.; Nordahl, B.; Maliene, V. (Hrsg.) (2023): Public Value Capture of Increasing Property Values across Europe. Vdf Verlag. Zürich.
- Hengstermann, A.; Gerber, J.-D. (2017): Die faktische und explizite Bauverpflichtung – eine Rezension des bodenpolitischen Instruments in Recht und Praxis. In: UPR 37 (1), 16–23.
- Hengstermann, A.; Lacoere, P. (2023): Bodenpolitische Zeitenwende. In: RaumPlanung 223 (5), 26–33.
- Hengstermann, A.; Skala, N. (2023): Making land available. Cultural legal comparison of the German Building Land Mobilisation Act and the partial revision of the Swiss Spatial Planning Act. In: Raumforschung und Raumordnung 81 (6), 591–604. <https://doi.org/10.14512/rur.1655>
- Korthals-Altes, W. K. (2010): The Financial Estimates and Results of Servicing Land in the Netherlands. In: Environment and Planning B: Planning and Design 37 (5), 929–941. <https://doi.org/10.1068/b36027>
- Lacoere, P.; Hengstermann, A.; Jehling, M.; Hartmann, T. (2023): Compensating Downzoning. A comparative analysis of European compensation schemes in the light of net land neutrality. In: Planning Theory and Practice 24 (2), 190–206. <https://doi.org/10.1080/14649357.2023.2190152>
- Lacoere, P.; Leinfelder, H. (2023): Land oversupply. How rigid land-use planning and legal certainty hinder new policy for Flanders. In: European Planning Studies 31 (9), 1926–1948. <https://doi.org/10.1080/09654313.2022.2148456>
- Marquard, E.; Bartke, S.; Gifreu i Font, J.; Humer, A.; Jonkman, A.; Jürgenson, E.; Marot, N.; Poelmans, L.; Repe, B.; Rybski, R.; Schröter-Schlaack, C.; Sobocká, J.; Tophøj Sørensen, M.; Vejchodská, E.; Yiannakou, A.; Bovet, J. (2020): Land Consumption and Land Take: Enhancing Conceptual Clarity for Evaluating Spatial Governance in the EU Context. In: Sustainability 12 (19), 8269. <https://doi.org/10.3390/su12198269>
- Pesaresi, M.; Ehrlich, D.; Kemper, T.; Siragusa, A.; Florczyk, A. J.; Freire, S.; Corbane, C. (2017): Atlas of the Human Planet 2017. Global Exposure to Natural Hazards. EUR 28556 EN. Brussels.
- Prokop, G.; Salata, S. (2017): The European approach. In: Gardi, C. (Hrsg.): Urban Expansion, Land Cover and Soil Ecosystem Services. London/Boston, 265–275.
- Shahab, S.; Hartmann, T.; Jonkman, A. (2021): Strategies of municipal land policies: housing development in Germany, Belgium, and Netherlands. In: European Planning Studies 29 (6), 1132–1150. <https://doi.org/10.1080/09654313.2020.1817867>

Vejchodská, E.; Pelucha, M. (2019): Environmental charges as drivers of soil sealing? The case of the Czech charge for agricultural land loss. In: Land Use Policy 87, 104071. <https://doi.org/10.1016/j.landusepol.2019.104071>

WWF Austria (2023): Bodenreport 2023. Die Verbauung Österreichs: Ursachen, Probleme und Lösungen einer wachsenden Umweltkrise. Wien.

WWF_Bodenreport_2023_web.pdf (28.06.2024).

Zimmermann, K.; Diller, C.; Othengrafen, F. (2023): Planungssysteme vergleichen – aber wie? In: disP – The Planning Review 59 (2), 38–52. <https://doi.org/10.1080/02513625.2023.2257487>



PROF. DR. THOMAS HARTMANN

ist Professor für Bodenpolitik, Bodenmanagement und kommunales Vermessungswesen an der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund. Er war von 2020 bis 2024 Präsident der International Academic Association on Planning, Law, and Property Rights und Vorsitzender des IAK „Land Policies in Europe“ der ARL.

thomas.hartmann@tu-dortmund.de



ASSOC. PROF. DR. ANDREAS HENGSTERMANN

ist Associate Professor im Department Urban and Regional Planning (BYREG) an der Norwegian University of Life Sciences (NMBU). Er ist Raumplaner (TU Dortmund, DE und Universidad de Huelva, ES). Er hat in Geographie promoviert und einen Nachdiplomstudiengang in öffentlichem Recht belegt (Universität Bern, CH). Außerdem ist er Vizepräsident der International Academic Association on Planning, Law, and Property Rights und stellvertretender Vorsitzender des IAK „Land Policies in Europe“ der ARL.

andreas.hengstermann@nmbu.no



DR. PETER LACOERE

ist Ingenieur-Architekt und Stadtplaner. Er ist derzeit Gastprofessor an der Katholieke Universiteit Leuven (KU Leuven) sowie Dozent und Forscher an der Hogeschool Gent (HOOGENT) in Belgien. Zu seinen Forschungsinteressen gehören Bodenpolitik, Bodennutzung und Bodenmanagementinstrumente. Er ist Koordinator des belgischen Forschungsprojekts „Betonstop 2020-2040“ an der HOOGENT.

peter.lacoere@hogent.be